

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

DIE LINKE. VOGELSBERG

ZUR KREISTAGSWAHL 2016

(Textfassung)



Impressum:

DIE LINKE.

Kreisverband Vogelsberg

Volkmarstr. 3
36304 Alsfeld

Verantwortlich: Dietmar Schnell

Bildnachweis / Umschlagbild
© DIE LINKE, 2008

1 ***LINKS wählen bewegt***

2
3 Seit mehr als 10 Jahren arbeitet DIE LINKE im Vogelsberg als Motor sozialer Fragen,
4 der kommunalen Demokratie und Bürgerbeteiligung. Etliches haben wir zur Debatte
5 gebracht und einiges wurde auch erfolgreich im Kreistag beschlossen.
6
7

8 **Soziale Gerechtigkeit verwirklichen**

9 Die zunehmende soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten
10 können nicht alleine in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Aber es gibt
11 Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen so
12 mehr Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wir wollen Armut
13 bekämpfen und öffentliche Einrichtungen für jeden bezahlbar machen.
14

15 *Sozialpass einführen*

16 Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und
17 armen Menschen den kostenlosen oder ermäßigten Zugang zu öffentlichen
18 Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Büchereien, Bädern und bei der Benutzung der
19 öffentlichen Verkehrsmittel oder der Volkshochschule) gewährt. Von den kommunalen
20 Vertretern bei der OVAG erwarten wir, sich für Sozialtarife einzusetzen.
21

22 *Sozialbudget einrichten*

23 Für die Vogelsberger Abfalldeponie auf dem Bastwald müssen vom Abfallzweckverband
24 auf viele Jahre hin erhebliche Summen zurückgestellt werden. Diese Mittel müssen die
25 Gebührenzahler neben den Kosten der Müllentsorgung aufbringen. Weil Ermäßigungen
26 für kinderreiche Familien, Arbeitslose und Geringverdiener aus Gebühren nicht erlaubt
27 sind, soll der Vogelsbergkreis ein entsprechendes Sozialbudget für den Ausgleich von
28 Ermäßigungen einrichten.
29

30 *Verhütungsmittelfonds aufstocken*

31 Auf Initiative der LINKEN gibt es im Vogelsbergkreis einen Verhütungsmittelfonds, aus
32 dem Verhütung für die finanziert wird, die Grundsicherung erhalten oder Flüchtlinge
33 sind, und bei denen die Krankenkassen die Kosten nicht mehr übernehmen. Der
34 Umfang des Fonds soll aufgestockt werden. Vor allem sollen Auszubildende und
35 Studierende ebenfalls Hilfen beantragen können.
36
37

38 *SGB II ist Armut per Gesetz*

39 Für DIE LINKE ist Hartz IV Armut per Gesetz und gehört abgeschafft. Wir wollen jeden
40 Handlungsspielraum nutzen, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung
41 entgegenzutreten. Wir werden uns vor allem dafür einsetzen, die Sanktionen gegen
42 Hilfeempfänger*innen abzuschaffen oder zu begrenzen.

43 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Zwangsvermittlungen in unterbezahlte oder
44 unzumutbare Arbeit unterbleiben und Wiedereingliederungsprogramme auf freiwilliger
45 Basis durchgeführt werden. Bei regulären Beschäftigungen ist auf die Einhaltung des
46 Mindestlohns zu achten.

47
48 Die Beschäftigungsgesellschaft „Neue Arbeit Vogelsberg“ engagiert sich bei der
49 Integration von benachteiligten Menschen in den Beruf. Die Zukunft der „Neuen Arbeit“
50 soll durch einen ausreichenden Kreiszuschuss dauerhaft abgesichert werden.

51

52

53 **Gute Gesundheitsversorgung für alle gewährleisten**

54 Bis zum Jahr 2020 müssen nahezu die Hälfte aller Hausarztpraxen wiederbesetzt
55 werden. Aber es gibt kaum Interessenten, sodass schon heute Standorte schließen.
56 Bei den Facharztpraxen verläuft die Entwicklung ähnlich. Das Problem des ärztlichen
57 Angebots können einzelne Kommunen nicht lösen, schon gar nicht in Konkurrenz
58 zueinander.

59

60 Ungeachtet neuer Konzepte der Arbeit in Gemeinschaftspraxen und der Betreuung von
61 Patienten durch Versorgungsassistenten, die Hausbesuche machen, muss der
62 Vogelsbergkreis ein gutes und wohnortnahes medizinisches Angebot absichern und für
63 ausreichende Pflegedienstleistungen sorgen.

64 DIE LINKE favorisiert deshalb den Weg, dass Praxen, die länger als ein Jahr nicht
65 wieder besetzt werden können, vorübergehend vom Kreiskrankenhaus mit
66 entsprechendem Personal übernommen und mit angestellten Ärzt*innen betrieben
67 werden.

68

69 Alle Versuche, das Kreiskrankenhaus Alsfeld mit größeren Kliniken zu verbinden sind
70 bisher gescheitert. Gleichzeitig wird von Landrat Görig, der SPD und auch der CDU der
71 falsche Eindruck erweckt, das Krankenhaus hätte ohne Fusion keine Zukunft. Statt die
72 notwendige medizinische Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen, dreht sich das Denken von
73 SPD und CDU vornehmlich darum, dass die Einrichtung nichts kosten darf. Die daraus
74 folgende ständige Kommerzialisierung dieses Betriebes und der Druck auf die
75 Beschäftigten müssen ein Ende haben.

76

77 Für DIE LINKE steht der Erhalt des Krankenhauses als kommunale Einrichtung mit
78 gutem medizinischem Angebot im Vordergrund. Deshalb soll auch die Geburtshilfe
79 erhalten bleiben, zumal diese die einzig verbleibende im Vogelsbergkreis ist. Ein gutes
80 Krankenhaus muss der Kommunalpolitik etwas wert sein und folglich auch ausreichend
81 finanziert werden.

82
83 Die Wege zu den Arztpraxen sind zum Teil zu weit und mangels Verkehrsangeboten für
84 ältere und kranke Menschen schwer zu erreichen. Fahrten zu Ärzten müssten für diese
85 Personengruppen angeboten werden.

86
87 Drogenpolitisch vertreten wir ein Konzept der Entkriminalisierung und Stärkung von
88 Präventionsangeboten. Auf kommunaler Ebene sind hier vor allem ausreichende
89 Finanzierung von Präventions-, Beratungs- und Therapieangeboten, bessere ortsnahe
90 Substitutionsbehandlung mit Methadon und Diamorphin sowie legale Cannabis-
91 Abgabemodelle erforderlich.

92
93
94 **Gute Bildung, Ganztagschulen und Inklusion**
95 Nachdem es Initiativen der Eltern, Schüler und Lehrer gelungen war, die Teilschließung
96 der Mittelpunktschule Angersbach und der Gerhart-Hauptmann-Schule in Alsfeld zu
97 verhindern, trat der Kreis in einen groß angelegten Dialog mit allen Betroffenen über die
98 Zukunft des Schulwesens in unserer Region ein. Das begrüßt DIE LINKE. Die
99 Diskussionen in den Arbeitsgruppen haben bestätigt, was Experten seit langem
100 herausgefunden haben: Längeres gemeinsames Lernen hilft allen, den guten wie den
101 schwächeren Schülern und es ist Voraussetzung für gelingende Inklusion.

102
103 Ein Ende des katastrophalen G8-Versuches ist glücklicherweise absehbar. Auch dies
104 wird die Chancen auf längeres gemeinsames Lernen wieder erhöhen.
105 Deutschland hat sich zur inklusiven Bildung verpflichtet, das ist gut so. Auf lange Sicht
106 kann sie nur gelingen, wenn alle Formen der Aussonderung beendet werden. Das gilt
107 für Gymnasien wie für Förderschulen. Kurzfristig kann aber nicht auf alle Förderschulen
108 verzichtet werden, da an den Regelschulen oft nicht die entsprechenden
109 Voraussetzungen gegeben sind.

110
111 Das Schulsystem braucht den Ausbau zu echten Ganztagschulen mit sportlichen und
112 kulturellen Nachmittags- und schulischen Förderangeboten. Der hessische Pakt für den
113 Nachmittag ist eine Mogelpackung. Er hilft manchen Erwerbstätigen aber einem
114 Ganztagschulkonzept bringt er uns nicht näher. Weitere Schließungen von Schulen
115 oder Schulzweigen lehnen wir ab, solange die Alternativen nicht eindeutig bessere

116 Chancen für die Kinder darstellen. Ein wohnortnahes Schulangebot muss erhalten
117 bleiben. Die unzumutbaren baulichen Zustände mancher Schulen, wie nicht benutzbare
118 Toiletten, müssen vorrangig beseitigt werden. Kostenloses in öffentlichen Küchen
119 gekochtes Essen soll zum Standard jeder Schule gehören. Auch damit werden regionale
120 Wirtschaftskreisläufe gestärkt.

121
122 Gleiche Chancen für alle heißt auch kostenfreie Schülerbeförderung.
123 Bildung fängt bei den Kleinsten an. Hier wird das Fundament für Chancengleichheit
124 gelegt. Deshalb muss der Besuch von Kinderkrippen und Kindertagesstätten kostenfrei
125 sein. Darüber hinaus braucht es ausreichend gut ausgebildetes und tariflich entlohntes
126 Personal.

127
128 Die Volkshochschule hat ihr Angebot im Bereich kulturelle und politische Bildung
129 erweitert und damit eine alte Forderung von uns erfüllt. Dennoch bleibt auch in diesem
130 Bereich einiges zu tun: Berufliche Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen sind
131 Aufgabe der Unternehmen nicht des Kreises, die Kurs-Gebühren der vhs dürfen nicht
132 immer weiter steigen.

133 Die Honorare der Kursleiter müssen endlich angehoben werden. Aber auch an der
134 Altersversorgung und den Versicherungen der Freiberufler muss sich der Kreis
135 beteiligen. Gerade bei den notwendigen Deutsch-Integrationskursen sollte die vhs die
136 Lehrkräfte ordentlich nach Tarifvertrag beschäftigen.

137

138

139 **Jugend fördern**

140 Jugendliche sind Experten in eigener Sache. Wir unterstützen deshalb die politischen
141 Initiativen auf Landesebene, das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre
142 festzulegen.

143 Das Kreisjugendparlament soll im Kreistag nicht nur sprechen und Anträge stellen
144 können. Wir wollen, dass es bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von
145 Kindern und Jugendlichen berühren, vor Entscheidungen gehört werden muss.

146 Das Kreisjugendparlament muss für seine Arbeit auch souverän über sein finanzielles
147 Budget entscheiden können.

148 Der Vogelsbergkreis soll auch vereinsunabhängige Jugendgruppen und -Initiativen
149 finanziell fördern.

150

151

152

153 Der Vogelsberg ist weltoffen

154 Die Menschen, die vor Verfolgung und Krieg fliehen, werden auch den Vogelsberg
155 nachhaltig verändern. Mit Humanismus und Engagement muss die Kommunalpolitik die
156 menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge organisieren und ihre
157 Integration in den Vogelsbergkreis fördern.

158 Unabhängig davon, wie groß auch das bereitwillige Engagement der
159 Vogelsberger*innen bei der Flüchtlingshilfe ist, bleibt es die Aufgabe der
160 Kommunalpolitik, im Kreis für gute Aufnahme- und Integrationsbedingungen zu sorgen.
161 Hierzu gehören menschenwürdige Unterkünfte, eine gesundheitliche Versorgung, wie
162 für alle anderen Versicherten auch, Sprachkurse, Arbeitsvermittlung und die soziale
163 Integration in Vereine und gesellschaftliche Organisationen. Um diese Aufgaben zu
164 bewältigen, sollte eine eigene Abteilung für Integration in der Kreisverwaltung gebildet
165 werden.

166
167 Die LINKE tritt dafür ein, dass alle hier länger oder dauerhaft lebenden Menschen ein
168 kommunales Wahlrecht erhalten, wie es für EU-Bürger schon gilt. Schon jetzt könnte der
169 Kreistag einen entsprechenden Ausschuss einrichten, der sich gezielt mit den Belangen
170 all derer befasst, die kein kommunales Wahlrecht besitzen.

171
172 Rassismus und Ausländerhass treten wir entschieden entgegen. Jede Form des
173 Rassismus richtet sich gegen ein menschliches Zusammenleben und untergräbt die
174 Demokratie. Im Vogelsberg ist unter dem Dach des Programms „Demokratie leben“ ein
175 aktives Netz von Institutionen, Vereinen und Aktionsgruppen entstanden, das gute
176 Arbeit gegen Rassismus und für Demokratie leistet. Dieses Netzwerk gilt es weiter in
177 seiner Arbeit zu fördern.

178 Es ist notwendig, für Weltoffenheit zu werben und für eine politische Kultur der
179 Menschenwürde, der Solidarität, der Toleranz und des Respekts vor den
180 Menschenrechten einzutreten.

181

182

183 Sozialen Wohnungsbau wiederbeleben

184 Viele sozial schwache Menschen , Ältere und Flüchtlinge brauchen Wohnungen, die es
185 in passender Größe im Kreis schon seit Jahren nicht in genügender Anzahl gibt.

186 Beinahe 60% aller Wohnungen im Kreis sind älter als 40 Jahre und haben
187 Wärmedämmungsprobleme. Es gibt auch wegen der Kosten einen erheblichen
188 Nachholbedarf, für Energieeinsparungen bei solchen Wohnungen zu sorgen. Der
189 Vogelsbergkreis braucht deshalb einen politischen Plan, wie mit den Gemeinden und
190 Wohnungsbaugesellschaften Sozialwohnungen und Wohnraummodernisierung realisiert
191 werden können.

192 **Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sozial und ökologisch gestalten**
193 Die öffentliche Verwaltung und Betriebe, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist,
194 haben als gesellschaftliche Vorbilder tarifliche, soziale und umweltschonende Standards
195 einzuhalten. Das heißt beispielsweise Ausschluss von Lohndumping durch Leiharbeit.
196 Das bedeutet auch klima- und umweltschonendes Arbeiten, Energieeinsparung und
197 entsprechender Energiebezug.

198
199 Bei der Auftragsvergabe soll die Einhaltung sozialer, ökologischer und nachhaltiger
200 Kriterien gefordert werden. Das bezieht sich im Sozialen vor allem auf die Einhaltung
201 von Tarifbedingungen und des gesetzlichen Mindestlohnes, die berufliche
202 Chancengleichheit für Frauen, Aspekte der Förderung von Benachteiligten, Beteiligung
203 an der Erstausbildung. Das bedeutet im Bereich des Ökologischen vor allem Einsatz
204 von ökologisch nachhaltigen Geräten und Produkten und die Beschaffung von fair
205 gehandelten Erzeugnissen.

206
207 Mit der Vogelsberg Consult besteht schon viele Jahre eine Gesellschaft zur
208 Wirtschaftsförderung, an der die Vogelsberger Wirtschaft beteiligt ist. Es ist überfällig,
209 dass die Wirtschaft ihre Blockade aufgibt und sich an der Finanzierung der Vogelsberg
210 Consult beteiligt.

211
212 Die Sparkasse hat neben den Bankgeschäften die Aufgabe, die kommunalen Belange
213 insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich
214 zu fördern. Deshalb müssen die kommunalen Vertreter in der Sparkasse Oberhessen
215 endlich durchsetzen, dass Gewinnanteile an die Haushalte der beteiligten Kreise
216 ausgeschüttet werden.

217 Die Sparkasse muss im Vogelsberg wieder wohnortnäher aktiv werden. Die LINKE
218 fordert auch, dass die Entscheidungen der Sparkassenvorstände und Verwaltungsräte
219 transparenter werden und unter größere öffentliche Kontrolle kommen.

220

221

222 **Breitband-Internet für alle**

223 Schnelle Internetverbindungen sind heute so wichtig wie Telefon und Fernsehanschluss.
224 Wie in anderen ländlichen Gebieten gibt es im Vogelsberg noch keinen
225 flächendeckenden Zugang zu schnellen Internet-Leitungen.

226 Die Bundesregierung setzt weiterhin auf wettbewerbliche Lösungen und Zuschüsse für
227 Telekommunikationsgesellschaften, damit sie auch ländliche Regionen an das schnelle
228 Internet anschließen. DIE LINKE dagegen meint: Jeder Haushalt muss ein Anrecht auf
229 einen bezahlbaren, schnellen Breitband-Internetanschluss haben. Deshalb unterstützen
230 wir den kommunalen Ausbau eines Glasfasernetzes im Vogelsberg.

231 **Strukturentwicklung: Demografischer Wandel ist kein Schreckgespenst**
232 Nach neuesten Erhebungen wird der Vogelsbergkreis bis zum Jahr 2030 mit einem
233 Verlust von fast 11 000 Einwohnern rechnen müssen. Dies entspricht einem Minus von
234 10,2 Prozent der heutigen Bevölkerung. 2030 werden rund 15,6 Prozent der hier
235 lebenden Frauen und Männer 75 Jahre und älter sein.
236 Es gibt aber keinen Anlass, in die Demografie-Hysterie einzustimmen. Die
237 Geburtenzahlen steigen nicht oder nicht umfänglich und Menschen, vor allem Junge,
238 verlassen zunächst den Vogelsberg. Die Beweggründe sind nachvollziehbar.
239 Entscheidend wird es sein, ob die Attraktivität der Kleinstädte und Gemeinden erhalten
240 werden kann, damit auch junge Familien bereit sind, sich im Vogelsberg niederzulassen.
241
242 Ungeachtet der Bevölkerungsdichte müssen nach dem Grundgesetz gleiche
243 Lebenschancen in Stadt und Land herrschen. Der ländliche Raum braucht eine
244 Nachteilsfinanzierung, damit trotz des Bevölkerungsrückganges die Gemeinden
245 funktionsfähig bleiben und es nicht zu Schließungen von Schulen, Schwimmbädern oder
246 Kindergärten kommt oder diese Leistungen zu hohen Gebühren angeboten werden
247 müssen.
248
249
250 **Sozialökologische Politik: für Klima- und Umweltschutz sorgen**
251 Wir befinden uns in einer tief greifenden Krise des Kapitalismus als eines welt-
252 ökologischen Systems – die Krise, die zum ersten Mal in der Geschichte tatsächlich die
253 Zukunft aller auf dem Planeten lebenden Menschen verknüpft.
254 Die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem Wachstumszwang erschließt und
255 vernutzt die Ressourcen der Erde und belastet die Lebensgrundlagen der Menschen.
256 Der Klimawandel steht fest und ist nur noch begrenzt.
257 Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs ist Basis einer
258 sozialökologischen Klima- und Umweltpolitik. Das ist nicht nur eine globale, das ist auch
259 eine lokale Aufgabe.
260
261 Grundlage einer kommunalen Umwelt- und Energiepolitik muss deshalb die
262 Reduzierung des Energieverbrauchs sein. Das betrifft vor allem die kommunalen
263 Liegenschaften. Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien
264 müssen Hand in Hand gehen. Entsprechende Festlegungen sollen nach Auffassung der
265 LINKEN in die kommunalen baurechtlichen Festlegungen für private und gewerbliche
266 Baugebiete Eingang finden. Die Energieversorgung ist eine öffentliche Aufgabe und
267 muss auch eine solche bleiben.
268
269

270 DIE LINKE unterstützt die Erstellung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes für den
271 Vogelsbergkreis.

272 DIE LINKE unterstützt lokale Energie- und Umweltprojekte, zur Verbesserung der
273 ökologischen Lebensbedingungen und für den Ausbau lokaler erneuerbarer
274 Energieerzeugung, sowie die Bildung lokaler Energiegenossenschaften, die dies
275 umsetzen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Bau teurer Stromtrassen von Nord
276 nach Süd ab, die einer ökologischen Energiepolitik widersprechen, auch wenn diese
277 jetzt zum großen Teil unterirdisch verlegt werden sollen.

278
279 Der bezahlbare Zugang zu Energie ist ein Menschenrecht und soll durch entsprechende
280 Tarife realisiert werden. Eine wichtige Maßnahme zur Energieeinsparung sind hohe
281 Energiegebühren bei Überschreitung eines Grundkontingents.

282
283 Der Vogelsberg ist reich an sehr gutem Wasser. Dieser Schatz ist Bedingung für einen
284 einzigartigen Naturraum mit vielen seltenen Arten. Ihn zu schützen muss ein Anliegen
285 der Politik im Kreis sein. Seit vielen Jahren haben wir den Widerstand gegen die
286 Wasserprivatisierung unterstützt. Das werden wir auch weiterhin machen.

287

288

289 **Ein kostengünstiges, ökologisches und soziales Abfallentsorgungskonzept für** 290 **den Vogelsberg umsetzen**

291 Der Vogelsberger Abfallzweckverband ZAV hat sich im Streit um die Getrenntsammlung
292 von Bioabfällen vollständig zerstritten und blockiert.

293 Die Vogelsberger*innen brauchen eine dem Kreislaufwirtschaftsgesetz konforme
294 getrennte Sammlung der Bioabfälle in einem für die Nutzer komfortablen Abholssystem.
295 Wir treten für die baldige Umsetzung der Wertstoffeinsammlung als Ersatz für die
296 bisherige eingeschränkte gelbe Tonne ein.

297 Der ZAV soll die Abfalleinsammlung und den Transport zukünftig in eigener Regie
298 durchführen.

299

300

301 **Bitte einsteigen! Für mehr sozial-ökologische Mobilität**

302 Während der Öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) schon in vielen Klein- und Mittelstädten in
303 die Abwärtsspirale geraten ist, sieht es mit den Angeboten auf dem Lande ziemlich mau
304 aus. Wegen Unwirtschaftlichkeit und sinkender öffentlicher Zuschüsse werden Linien
305 gestrichen und Fahrpläne ausgedünnt. Entsprechend sinkt die Attraktivität immer weiter,
306 und die verminderte Nachfrage führt zu noch höheren Verlusten.

307

308 Die demografische Entwicklung sollte nicht als Argument für die Einschränkung des

309 ÖPNV-Angebotes missbraucht werden. Gerade bei alternder Bevölkerung werden
310 immer mehr Menschen, trotz Führerscheinbesitz, aus gesundheitlichen oder finanziellen
311 Gründen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sein. Für junge Menschen,
312 Erwerbstätige (Pendler*innen) und gerade auch Familien mit Kindern wird ein „ländlicher
313 Raum“ wie der Vogelsbergkreis nur attraktiv bleiben oder wieder werden, wenn ein
314 hochwertiges öffentliches Verkehrsangebot geschaffen wird.

315
316 Die Vogelsbergbahn ist das Rückgrat und zugleich Aushängeschild des öffentlichen
317 Verkehrs im Vogelsbergkreis. Hier sollte das Angebot durch verlängerte Betriebszeiten
318 attraktiver werden.

319 In der Verbindung der größeren Orte des Kreises untereinander sowie mit den größeren
320 Orten der Nachbarkreise und der wichtigsten Bahnstationen der durch die
321 Nachbarkreise führenden Bahnlinien liegt ein großes Potenzial für die
322 Fahrplanverbesserung und die Verlagerung vom Auto auf den Umweltverbund.

323
324 Die Schüler- und Kinderbeförderung muss kreisweit kostenlos möglich gemacht werden.
325 Für alle Kinder und Jugendlichen in einem Bus muss ein Sitzplatz mit Sicherheitsgurt
326 vorhanden sein.

327
328 Wir wollen den ÖPNV ausbauen und die Fahrpreise schrittweise senken und mittelfristig
329 einen Nulltarif einführen, damit viel mehr Menschen vom Auto auf Bahn und Bus
330 umsteigen können.

331
332 Wo große Verkehrsströme vor allem von LKW die Lebensbedingungen der Menschen
333 beeinträchtigen, da müssen Geschwindigkeitsbeschränkungen und nächtliche
334 Durchfahrverbote, sowie Maßnahmen zur Verhinderung von Mautumgehungen
335 eingeführt werden, um den Verkehr zu reduzieren. Ortsumgehungen können nur die
336 letzte Möglichkeit darstellen. Dabei ist besonders auf den Schutz der Natur, geringen
337 Flächenverbrauch, Schutz der Anwohner vor Lärm und Abgasen und die Vermeidung
338 zusätzlicher Verkehre zu achten.

339

340

341 **Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung verwirklichen**

342 Die Möglichkeiten der Hessischen Gemeindeordnung für Bürgerbegehren und
343 Bürgerentscheide sind immer noch völlig unzureichend. Bürgerbegehren,
344 Bürgerentscheide und Einwohneranträge ermöglichen es aber den Bürger*innen, auf
345 kommunaler Ebene mitzubestimmen.

346

347 Bürgerversammlungen, auch auf Kreisebene, sind wichtige Foren zur demokratischen
348 Meinungsbildung, sie sollen auch ein eigenes Antragsrecht für den Kreistag erhalten.

349
350 Noch immer fehlt dem Land Hessen ein eigenes Transparenzgesetz. Die
351 Verabschiedung einer Informationsfreiheits- bzw. Transparenzsetzung für den Kreis
352 könnte die notwendige Transparenz der Verwaltungen schaffen, damit Bürgerinnen und
353 Bürger über die Tätigkeit der Kreisverwaltung gut informiert sind.

354
355 DIE LINKE setzt sich für Bürgerhaushalte ein. Ein Bürgerhaushalt ist ein Instrument,
356 damit die Bürger*innen direkt Einfluss auf die Entwicklung der Kreisfinanzen nehmen
357 können, es ist kein Mittel, um Bürger*innen die Verantwortung von
358 Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen aufzubürden.

359
360 Kommunale Beiräte und die Vertretungen der Jugendlichen müssen in Zukunft mehr
361 Möglichkeiten der Mitbestimmung erhalten. Das bedeutet, dass sie Rede- und
362 Antragsrecht im Kreistag bekommen sollen und alle Kreisentscheidungen, die ihre
363 Belange berühren, vorab mit den entsprechenden Beiräten abgestimmt werden müssen.
364 In dieser Richtung sind in den vergangenen Jahren keine Fortschritte gemacht worden.

365
366

367 **Freihandelsabkommen TTIP ist undemokratisch**

368 Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA sind ein fundamentaler
369 Angriff auf Demokratie und Sozialstaat.

370 Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge soll ausgeweitet und beschleunigt
371 werden. Profit soll Vorrang vor der öffentlichen Versorgung haben.

372 Gesundheitsversorgung, Sozialdienste, Bildung, Kulturförderung, Abwasser- und
373 Müllentsorgung, öffentlicher Nahverkehr und Wasserversorgung werden aus der
374 kommunalen Infrastruktur herausgelöst und dauerhaft den profitorientierten
375 Unternehmen unterworfen werden.

376 Eine mögliche Rekommunalisierung bereits privatisierter Einrichtungen würde damit
377 verhindert.

378 Kommunale Parlamente werden damit ausgehebelt und obendrein durch privilegierte
379 Klagerechte der Unternehmen so vor privaten Schiedsgerichten gegen Beschlüsse von
380 Parlamenten in ihrem demokratischen Entscheidungsspielraum eingeengt.

381 Wir LINKE stellen uns diesem geplanten Ausverkauf unserer kommunalen Infrastruktur
382 entgegen.

383
384
385

386 Landwirtschaft: ökologisch und fair

387 Der Vogelsbergkreis hat sich auf unsere Initiative hin zur Agrogentechnikfreiheit bekannt
388 und einige Maßnahmen dazu ergriffen.

389 Die flächendeckende Land- und Forstbewirtschaftung als traditioneller Kern der
390 ländlichen Ökonomie muss erhalten und durch nicht-landwirtschaftliche Gewerbe und
391 Dienstleistungen ergänzt werden: Belebung von traditionellem dörflichem Handwerk,
392 Erschließung des ländlichen „sanften“ Tourismus, Umweltwirtschaft, dezentrale
393 Verlagerung von Wirtschaftsstandorten in ländliche Regionen mittels moderner
394 Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Förderung regionaler
395 Wirtschaftskreisläufe liegt uns am Herzen.

396 Wir setzen auf die Entwicklung einer wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und
397 multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft. Das beinhaltet die Qualitätsproduktion
398 von Agrarrohstoffen und Nahrungsgütern, die Ökologisierung konventionell
399 produzierender Betriebe und den Ausbau des Ökolandbaus.

400 Düngung und Pestizideinsatz in der Landwirtschaft müssen von der Kreisverwaltung
401 stärker kontrolliert werden, damit es nicht zur Belastung von Böden, Organismen und
402 Menschen kommt.

403 Seit vielen Jahren stehen wir auf der Seite der Milchbauern in ihrem Kampf um
404 adäquate Preise für ihr Produkt. Die Marktmacht der Handelskonzerne und Molkereien
405 muss eingeschränkt werden.

406

407

408 Sport für alle fördern

409 Ein erheblicher Teil des kulturellen Angebotes in unserem Kreis wird von Vereinen
410 geleistet. Deren Förderung wurde in der Vergangenheit aufgrund der prekären
411 finanziellen Situation stark heruntergefahren. Situationsverschärfend kommt hinzu, dass
412 selbst eine eigentlich nichtmaterielle Unterstützung z.B. durch Raumüberlassung oder
413 technische Hilfe nach Einführung neuer Bilanzierungsvorschriften schwieriger geworden
414 ist. Die Sportförderung muss ausgebaut werden um vor allem die Jugendarbeit und die
415 Förderung Benachteiligter zu unterstützen. Ein weiteres Verschleppen der Diskussion
416 über einen Sportentwicklungsplan darf es nicht geben.

417 Die Frei- und Hallenbäder im Vogelsberg dürfen nicht Opfer der Kürzungspolitik sein.
418 Der Schwimmsport muss stärker gefördert und bestehende Bäder sollen erhalten
419 werden. Es sollten Möglichkeiten gefunden werden, in Schlitz wieder ein Hallenbad zu
420 eröffnen.

421

422

423

424 **Den Landkreis und die Kommunen ordentlich finanzieren**

425 Statt einer untauglichen Schuldenbremse und einem Schutzschirm für notleidende
426 Kommunen, der nur ein Instrument der finanziellen Erpressung ist, brauchen die Kreise
427 und Kommunen eine generelle Entschuldung und eine verlässliche staatliche
428 Finanzierung.

429 Die gegenwärtigen Mehreinnahmen und Investitionsförderungen sind nicht nachhaltig
430 und sollten nicht über die Gefahren für zukünftige Entwicklungen hinwegtäuschen.

431

432 Notwendig ist deshalb die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer
433 Kommunalwirtschaftssteuer.

434

435 Aber viele Kommunalpolitiker aus CDU und SPD unterwerfen sich den so genannten
436 Spar- und Sachzwängen. Auf diesem Wege wird der hilflose Versuch der
437 Haushaltskonsolidierung zum reinen Selbstzweck, bei dem die sozialen und kulturellen
438 Bedürfnisse der Bürger*innen vollständig auf der Strecke bleiben.